

Zwei Frauen – und viele wütende Bauern

Mitte-Politikerinnen und Biodiversität Christina Bachmann-Roth und Priska Wismer-Felder engagieren sich. Die eine für die Biodiversitätsinitiative, die andere dagegen. Angefeindet werden beide.

Cyrrill Pinto

Die beiden Frauen engagieren sich bei der Mitte-Partei, beide sind in der Landwirtschaft tätig, und beide stammen aus der gleichen Gegend: Priska Wismer-Felder ist Nationalrätin und Landwirtin, Christina Bachmann-Roth ist Präsidentin der Mitte-Frauen Schweiz und Co-Geschäftsführerin einer Käserei. Bei der Biodiversitätsinitiative vertreten sie jedoch gegensätzliche Positionen. Wismer ist dagegen, Bachmann im Ja-Komitee.

Etwas verbindet die beiden Mitte-Politikerinnen aber auch hier wieder: Beide werden wegen ihrer Haltung angefeindet. «Der Abstimmungskampf war hart, teilweise sogar verletzend», sagen sie. «Es gab viele Beleidigungen auf Social Media», berichtet Bachmann-Roth. Solche Einträge liessen sich schnell löschen und noch schneller vergessen. Mehr zu schaffen machen ihr Zuschriften von Parteikollegen. Ein Delegierter einer Mitte-Kantonalpartei legte ihr wegen ihres Engagements für die Biodiversitätsinitiative den Parteiaustritt nahe: «Mit dieser politischen Gesinnung sind Sie bei der SP Schweiz definitiv besser aufgehoben. Mattea Meyer empfängt Sie bestimmt mit offenen Armen!», schrieb er in einer Mail.

Perfider und verletzender als Social-Media-Posts

Ein anderer Bauer, den Bachmann kennt, schrieb ihr: «Für künftige Wahlen ist das bestimmt kein Stimmensammlungskorb. Die KMU der Agrar- und Food-Industrie wissen bestens, wer bei solchen Initiativen weit vorne gestanden ist.» Ein anderer zielt direkt auf ihren Arbeitgeber: «Wäre spannend, was die Milchlieferanten eurer Käserei davon halten.»

Solche direkten und persönlichen Angriffe, die aufs Einkommen und aufs Umfeld zielen, seien viel perfider und verletzender als beleidigende Social-Media-

Posts, sagt Bachmann-Roth. Diese Leute wollten zeigen, dass sie Macht über einen hätten – und dass eine bestimmte politische Haltung persönliche Konsequenzen habe.

Auch Priska Wismer-Felder wurde persönlich angegriffen. Bei ihr übernimmt die Tochter die Aufgabe des Filters. «Sie legt solche Zuschriften in ein Mäppli und legt es in der untersten Schublade ab», so Wismer.

Die Auseinandersetzungen seien heftiger geworden. «Es gibt Landwirte, die äussern sich nicht mehr zur Initiative, da sie sonst ihr Gemüse nicht mehr in der Stadt verkaufen können oder weil sie sich die Anfeindungen ihrer Kunden nicht mehr anhören wollen», sagt Wismer. Sie stört die einseitige Fokussierung auf die Landwirtschaft als Problem für die Biodiversität. «In den letzten 20 Jahren haben sich die Bauern bereits verändert – zum Positiven», betont die Landwirtin.

Männer sagen Frauen gerne, was sie zu tun haben

Trotzdem seien die Auseinandersetzungen – vor allem wenn es um Landwirtschaftsthemen gehe – heftiger geworden. «Man tauscht zwar Argumente aus, hört dem Gegenüber aber gar nicht mehr richtig zu», sagt Wismer-Felder.

Die politische Auseinandersetzung sei härter geworden, bestätigt Politexperte Michael Hermann. Soziale Medien hätten die Tendenz in den letzten Jahren noch verstärkt. Besonders bei Vorlagen mit Bezug zur Landwirtschaft – etwa bei der Trinkwasserinitiative oder der Abstimmung zum Jagdgesetz – sei die Auseinandersetzung besonders emotional. «Die Menschen in ländlichen Regionen identifizieren sich stark mit der Landwirtschaft und fühlen sich bei solchen Vorlagen angegriffen», so Hermann.

Bei den Mitte-Frauen komme der Genderaspekt hinzu. «Männer fühlen sich immer noch dazu



Direkte und persönliche Angriffe: Christina Bachmann-Roth (l.) und Priska Wismer-Felder. Foto: Sabina Bobst

ermächtigt, Frauen sagen zu können, was sie tun sollen.»

Und die Mitte-Frauen – das ist ein weiterer Aspekt – sind in der Mehrheitsbildung besonders wichtig. Weil sie im Rechts-links-Schema der Politik oft die entscheidenden Stimmen beitragen.

Die Mitte-Frauen haben sich im Parlament für einen Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative eingesetzt. Erfolgrlos. «Für mich ist die Vorlage, über die wir nun abstimmen, der letzte Anker, um die Biodiversität zu fördern und Bund und Kantone zum Handeln zu bewegen», sagt Bachmann. Die Vorlage sei ja nicht extrem und eher allgemein gehalten.

«Zum Engagement gehört auch, einstecken zu können»

Nationalrätin Wismer bezeichnet sich selbst als Umweltschützerin, gleichzeitig ist sie Bäuerin und findet: «Es ist verletzend, wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wir seien das Hauptproblem für die Biodiversität.» Die Landwirte allein könnten das Problem der schwindenden Artenvielfalt nicht lösen. Die Mitte-Politikerin betreibt zusammen mit ihrem Mann bei Rickenbach LU Milchwirtschaft, züchtet Schweine und betreibt Ackerbau. «Wir haben bereits 25 Prozent Biodiversitätsflächen auf unserem Hof», sagt sie. Bei vielen Umweltvorlagen fokussiere man zu einseitig auf die Landwirtschaft. «In den Städten müsste ja auch dringend mehr für die Artenvielfalt gemacht werden», so Wismer.

Beide Mitte-Frauen verstehen sich persönlich sehr gut und plädieren für mehr Toleranz. «Wir sollen auch mal eine andere Parole zu einer Vorlage fassen können, ohne dass wir dafür verunglimpft werden», sagt Bachmann und fügt hinzu: «Zum Engagement gehört auch, einstecken zu können.» Und Kollegin Wismer sekundiert: «Unser System lebt davon, dass Leute mit unterschiedlichen Ansichten miteinander sprechen und den Kompromiss suchen.»

Keine drastischen Kürzungen bei der Entwicklungshilfe

Entscheid im Ständerat Die kleine Kammer verzichtet auf umfangreiche Einsparungen im humanitären Bereich zugunsten der Armee.

Soll die Schweiz die Entwicklungshilfe zugunsten der Armee kürzen? Sollen Hilfsgelder an Schweizer Unternehmen in der Ukraine fließen? Und: Wirkt Entwicklungshilfe überhaupt? Diese Fragen haben gestern den Ständerat umgetrieben. Er hatte über die Strategie der internationalen Zusammenarbeit zu entscheiden, inklusive Verpflichtungskrediten. Die Ausgangslage war: verworren.

Der Bundesrat beantragt dem Parlament für die nächsten vier Jahre Kredite von insgesamt 11,3 Milliarden Franken für die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Förderung von Frieden und Menschenrechten. Das ist nominal zwar etwa gleich viel wie in der aktuellen Periode. 1,5 Milliarden aus dem Topf sind nun aber für die Ukraine vorgesehen. Damit steht weniger Geld für die Länder des Südens zur Verfügung. In der

Vernehmlassung war das auf Kritik gestossen – nicht nur bei Hilfswerken, SP und Grünen. Auch die Schweiz-Partei und die GLP forderten, dass die Ukraine-Hilfe aus anderen Mitteln finanziert wird. Doch der Bundesrat hielt an seinem Plan fest und schickte die Vorlage im Mai ans Parlament.

Im Juni beschloss er nachträglich, Gelder in die wirtschaftliche Zusammenarbeit umzuleiten – einen Teil davon zugunsten von Schweizer Unternehmen. Ein Novum. Der Bundesrat begründete das damit, dass dem Schweizer Privatsektor beim Wiederaufbau der Ukraine eine wichtige Rolle zukommen solle.

Die Hilfswerke reagierten empört darauf. Auch die zuständige Kommission des Ständerats hatte Fragen, zumal eine Zusammenarbeit mit Schweizer Unternehmen in dieser Form im geltenden Recht nicht vorgesehen ist. Der Bundesrat will deshalb in

den kommenden Monaten eine Rechtsgrundlage dafür schaffen. SP-Ständeräte beantragten dem Rat, die Verschiebung der Mittel abzulehnen und die Hilfe aufzustocken. Doch diese Anträge waren chancenlos.

Beschluss vom Sommer umsetzen

Im Zentrum der Debatte stand ein anderes Anliegen: FDP-Ständerat Benjamin Mühlemann plädierte dafür, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Grund: In der Sommersession hatte der Ständerat bei der Beratung der Armeebotschaft zusätzliche 4 Milliarden für die Armee gesprochen. Auf Antrag Mühlemanns beschloss der Ständerat, die Hälfte davon bei der Entwicklungshilfe zu kompensieren.

Der Nationalrat hat noch nicht darüber entschieden. Doch Mühlemann forderte nun, dass der Bundesrat die Verpflichtungs-

kredite für die Entwicklungshilfe den Armeebeschlüssen anpasse. Der Ständerat habe sich in der Sommersession dafür entschieden, die politischen Prioritäten zu verschieben, sagte er.

FDP-Präsident Thierry Burkart pflichtete Mühlemann bei: «Wir haben Krieg in Europa.» Die Schweiz sei davon auch betroffen, und zwar bereits jetzt – «nicht erst dann, wenn die Panzer am Rhein stehen». Deshalb sei es notwendig, mehr in die Armee zu investieren.

Mitte-Vertreter Beat Rieder räumte ein, auch er habe im Sommer Mühlemanns Antrag zugestimmt. Inzwischen sei aber klar geworden, dass solche Kürzungen die internationale Zusammenarbeit nachhaltig schädigen würden. Die Entwicklungshilfe müsse ihren Sparbeitrag leisten, aber nicht in diesem Umfang. Der Entscheid vom Juni sei «ein bisschen aus

der Hüfte geschossen» gewesen, sagte Benedikt Würth (ebenfalls Mitte). Und GLP-Ständerätin Tiana Moser betonte, Entwicklungszusammenarbeit sei im ureigenen Interesse der Schweiz.

Sowohl Brandschutz als auch Feuerwehr

SVP-Ständerätin Esther Friedli sah das anders. Sie beantragte als Kompromiss, auf eine Zusatzschulaupe zu verzichten und den Verpflichtungskredit für die Entwicklungshilfe und die humanitäre Hilfe gleich zu kürzen – aber nicht um 2 Milliarden, sondern um 800 Millionen. Friedli argumentierte, die Bürger würden es nicht verstehen, wenn so viel Geld ins Ausland fliesse, während im Inland gespart werden müsse. Sie stellte zudem die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich infrage. SP-Vertreterin Franziska Roth widersprach. Die Wirkung könne heute gut ge-

messen werden, sagte sie. Untersuchungen zeigten, dass die Hilfe das Leben der Menschen nachhaltig verbessere. Auch Matthias Michel (FDP) wies darauf hin, dass etwa die extreme Armut und die Kindersterblichkeit stark zurückgegangen seien.

Aussenminister Ignazio Cassis rief dazu auf, Armee und Entwicklungszusammenarbeit nicht gegeneinander auszuspielen. «Wir brauchen sowohl den Brandschutz als auch die Feuerwehr.» Am Ende lehnte der Ständerat Mühlemanns und Friedlis Antrag deutlich ab. Das verändert auch die Ausgangslage für die Armeedebatte von kommenden Woche im Nationalrat: Dass ein schnelleres Wachstum der Armeeaussgaben mit zwei Milliarden aus der Entwicklungshilfe finanziert wird, ist unwahrscheinlich geworden.

Charlotte Walser